

Anfrage 7

Gremium	Termin	Status
Stadtrat	23.09.2019	öffentlich

Anfrage der Linksfraktion Ludwigshafen; Schulabbrecher

Vorlage Nr.: 20190432

Stellungnahme der Verwaltung

Vorbemerkung:

Für die Beantwortung der Anfrage sind zunächst einige grundsätzliche Ausführungen erforderlich.

Das Schulwesen ist Ländersache. In Rheinland-Pfalz ist das Ministerium für Bildung für die schulische Bildung zuständig, und damit auch für die Ermöglichung einer erfolgreichen Schullaufbahn entsprechend der unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten der Schüler*innen.

Der Bereich Schulen wie auch die Kinder- und Jugendhilfe haben in den letzten Jahren im Rahmen ihres Aufgabenbereichs jeweils flankierend umfassende Angebote erbracht, um Schüler*innen bei ihrem Schulbesuch zu unterstützen. Sei es z.B. im

In den Medien wurde über die Ergebnisse der Caritas Studie aus 2019 für das Jahr 2017 unter der Überschrift „Schulabbrecher“ berichtet. Dieser Begriff ist irreführend. Tatsächlich handelt es sich um Schulabgänger ohne einen qualifizierten Abschluss. Die Caritas-Studie selbst ist der Verwaltung bislang nicht bekannt.

Dazu gehören auch all jene Schüler*innen, die eine Förderschule besucht haben. In Ludwigshafen ist diese Gruppe überrepräsentiert. Es gibt hier 994 Schüler*innen in 95 Klassen, während in Rheinland-Pfalz der Landesdurchschnitt in den Förderschulen bei 350 Schüler*innen in 35 Klassen liegt.

1. Welche soziodemographischen Merkmale bzw. Charakteristika weisen die Ludwigshafener Schulabbrecher auf (Basisjahr: 2017)?

Im Jahr 2017 verließen 251 Schüler*innen (117 weiblich [w]/ 134 männlich [m]) die Schule ohne die Qualifikation der Berufsreife. Darunter befinden sich jedoch 140 (55,8%) mit einem Sonderpädagogischen Fördergutachten (65 w / 75 m), die einen Förderschulabschluss erlangt haben. Von den verbleibenden 111 Schüler*innen ohne Schulabschluss hatten 57 einen Migrationshintergrund (51,4%).

Bereinigt um diese vorgenannten Zahlen liegt die eigentliche Schulabbrecherquote bei 6,3%

Weitere soziodemographische Merkmale (Alter, Familienstand, Haushaltsgröße, Haushaltsnettoeinkommen etc.) sind uns als Schulträger nicht bekannt.

2. Was sind die Ursachen der überdurchschnittlich hohen Schulabbrecherquote in Ludwigshafen?

Gesicherte Erkenntnisse liegen uns dazu nicht vor. Der Wert von 14,7% Schulabgängern ohne qualifizierten Abschluss im Jahr 2017 (s.o.; danach zählt ein Förderschulabschluss nicht zu einem qualifizierten Abschluss) kann einerseits damit zusammenhängen, dass der Anteil der Schüler*innen an Förderschulen in Ludwigshafen überrepräsentiert ist, andererseits kann die Erhöhung auch mit der seinerzeit hohen Zahl von neuzugewanderten jungen Menschen korrespondieren..

3. Wie verteilen sich die Ludwigshafener Schulabbrecher auf die Ludwigshafener Schulen sowohl absolut als auch prozentual (Basisjahr: 2017)?

Insgesamt besuchten davon 135 (53,8%) Schüler*innen (62 w / 73 m) eine Förderschule, 89 (35,5%) eine Realschule plus (42 w / 47 m) , 26 (10,4 %) Schüler*innen (14 w / 12 m) eine Integrierte Gesamtschule und ein Schüler (0,4 %) das Gymnasium.

4. Was könnte die Stadtverwaltung prinzipiell tun zur Reduktion der Schulabbrecherquote in Ludwigshafen? Was tut sie hierfür bereits? Was beabsichtigt sie zu tun?

Die Stadtverwaltung Ludwigshafen hat ein umfassendes Leistungsspektrum zur Unterstützung von Schüler*innen in den Schulen. Nur beispielhaft sollen hier die Schulsozialarbeit, die Unterstützung der Übergänge (Kindergarten-Grundschule-weiterführende Schule-Beruf), das Lernpaten-Projekt, die sozialpädagogische Lernförderung, die Hausaufgabenhilfe, sowie das Verfahren nach dem Schulabsentismuskonzept genannt werden.

In diesem Kontext sind aber auch die schulbezogenen Leistungsgewährungen nach §§ 27 ff und § 35a SGB VIII aufzuführen. Dazu gehören die Integrationshilfen, die Soziale Gruppenarbeit an Schulen, Lese-Rechtschreib- und Rechentherapie oder der Trainingstag Schule. Allein für diesen Leistungsbereich nach §§ 27 ff. SGB VIII wendet die Stadt Ludwigshafen im Jahr 2019 mehr als 5 Millionen EUR auf.

Die Bereiche Schulen und Jugendamt arbeiten aktuell an einer Gesamtdarstellung, die voraussichtlich in der gemeinsamen Sitzung des Schulträger- und Jugendhilfeausschusssitzung im März 2020, präsentiert werden soll.

5. Welche landesweiten Projekte gibt es, um dieses Problem zu lösen? An welchen beteiligt sich die Stadt Ludwigshafen bereits? An welchen beabsichtigt sie, sich zu beteiligen?

Die Beantwortung der Frage nach landesweiten Projekten sollte sachgerecht durch das Bildungsministerium des Landes Rheinland-Pfalz bzw. die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion als den zuständigen Stellen für Bildungsfragen in Schulen erfolgen.